

Pissulla, Petra

Article — Digitized Version

IWF: Hilfe beim Systemwandel?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pissulla, Petra (1992) : IWF: Hilfe beim Systemwandel?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 3, pp. 116-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136855>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ohne Frage haben die westlichen Banken und Regierungen im Kreditgeschäft mit den osteuropäischen Staatshandelsländern seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre schlechte Erfahrungen gemacht. Kredite versickerten im Sumpf sozialistischer Wirtschaften, ohne deren internationale Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Anfang der 80er Jahre begannen die westlichen Kreditgeber, die Gewährung weiterer finanzieller Mittel an Polen und Ungarn von einer Mitgliedschaft im IWF abhängig zu machen, um so die Schuldnerländer über die mit wirtschaftspolitischen Auflagen verbundenen Kredite des Fonds besser unter Kontrolle zu wissen.

Für die westlichen Kreditgeber scheint die Zusammenarbeit des Fonds mit Osteuropa eine Art Garantie für das Gelingen und die Beschleunigung der Wirtschaftsreformen zu bedeuten. Seit sich diese als sehr viel kostspieliger und langwieriger herausgestellt haben als erwartet, geht bei den potentiellen Geldgebern im Westen das Schreckgespenst des Fasses ohne Boden um – noch wachsend durch die drohenden Kosten der Reformen in den UdSSR-Nachfolgestaaten. Zwar betonen sowohl die Banken als auch die Regierungen die Unverzichtbarkeit einer finanziellen Flankierung der Reformprozesse durch die internationale Staatengemeinschaft, gleichzeitig wollen sie aber den IWF stärker in die Verantwortung zwingen. Wie das Kaninchen auf die Schlange starren westliche Banken und andere Kreditgeber auf den Fonds als den Spiritus rector der Systemtransformation.

Was aber kann der Fonds insbesondere für die Nachfolgestaaten der UdSSR künftig realistischerweise leisten? Ohne Mitgliedschaft – zumindest in bezug auf finanzielle Hilfe – zunächst wenig. Und vor diese Mitgliedschaft hat der Fonds Bedingungen gesetzt. So müssen die beitragswilligen Republiken unter anderem die Voraussetzungen für eine erfolg-



Petra Pissulla

IWF: Hilfe beim Systemwandel?

versprechende Durchführung von Wirtschaftsreformen schaffen. Auch wenn mittlerweile alle westlichen Industrieländer einen raschen Beitritt der GUS zum Fonds wünschen und der IWF die Beitrittsgesuche äußerst zügig zu behandeln scheint, ist eine tatsächliche Aufnahme aller beitragswilligen Republiken noch im laufenden Jahr nicht zu erwarten. Eine Überraschung wäre auch ein – vom russischen Zentralbankpräsidenten erwarteter – Beitritt Rußlands zum IWF schon im nächsten Monat. Statt dessen bereitet der IWF speziell für Rußland zur Überbrückung ein „Schattenprogramm“ nach dem Muster des zuvor noch mit der UdSSR vereinbarten Assoziierungsabkommens vor, das die Wirtschaftsreformen vorantreiben soll, das aber zunächst noch ohne Kredite auskommen muß.

Aber auch nach erfolgtem Beitritt werden sich die zur binnen- und außenwirtschaftlichen Stabilisierung vergebenen kurzfristigen Kredite des Fonds in engem Rahmen halten. Bei einer Quote für die gesamte GUS von möglicherweise 4,25% bzw. rund 3,8 Mrd. SZR – wie sie zur Zeit im Kreis der G-7 in der Diskussion ist – wäre unter günstigsten Umständen im Rahmen von sogenannten Stand-by- oder Extended arrangements drei

Jahre lang ein maximales Kreditvolumen von jährlich 110% der Quote denkbar; innerhalb von drei Jahren könnten die GUS-Republiken also insgesamt maximal rund 12,5 Mrd. SZR (rund 17 Mrd. US-Dollar) in Anspruch nehmen. Allerdings schöpft der Fonds seinen maximalen Kreditspielraum nur selten aus.

Von ungleich größerer Bedeutung als die direkte Kreditgewährung des Fonds ist für die GUS zum einen die davon abhängige Kreditvergabebereitschaft der übrigen westlichen Kreditgeber und zum anderen das mittlerweile gewonnene Transformations-Know-how des Fonds, um die Reformprogramme auf den richtigen Weg zu bringen. Dabei steht der Fonds im Falle der GUS-Republiken – nicht zuletzt Rußlands – allerdings vor einer kaum zu bewältigenden Aufgabe. Zwar liegt ein weitreichendes Reformkonzept Jelzins vor, jedoch ist dessen Umsetzung durch Vizepremier Gaidar bisher nur auf die Preisfreigabe beschränkt. Noch fehlen fast sämtliche institutionellen und wirtschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Systemwandel. Die Preisliberalisierung bei unverändert monopolistischer Anbieterstruktur hat bislang lediglich zu einer Vierfachung der Lebenshaltungskosten geführt, so daß die Gefahr sozialer Unruhen wächst.

Die westlichen Kreditgeber setzen große Hoffnungen in die Disziplinierungsmaßnahmen des Fonds im Rahmen seiner Anpassungsprogramme – aber werden diese ausreichen, um die Regierungen Rußlands und der übrigen GUS-Republiken in ihrer fast aussichtslosen Lage davon abzuhalten, die Bevölkerung durch populistische, aber ökonomisch zweifelhafte Kompensationen ruhigstellen zu wollen? Unter den gegenwärtigen Bedingungen können auch vom Fonds keine Stabilisierungswunder erwartet werden. Doch so schmerzhaft ein kompletter Systemwandel zunächst auch sein mag – es gibt keine Alternative.